

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
Landesverband Niedersachsen-Bremen

Bremen unter dem Regenbogen

Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Niedersachsen-Bremen
zur 20. Bremischen Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen am 26. Mai 2019

Partei DIE LINKE

1.1 Welche Vorschläge haben Sie, damit der „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ evaluiert, fortgeschrieben und auskömmlich finanziert werden kann?

Die Finanzierung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie muss ein fester Bestandteil des Haushalts sein. Alle Ressorts, insbesondere Soziales, Bildung, Gesundheit und Arbeit, müssen einen Teil ihres Budgets dafür einplanen, die im Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen durchzuführen und zu evaluieren. Die Finanzierung von Beratungszentren wie Rat&Tat soll in eine institutionelle Förderung umgewandelt werden. Darüber hinaus sehen wir die dringende Notwendigkeit, ein Beratungszentrum für inter- sowie transsexuelle Personen einzurichten, das ebenfalls eine institutionelle Förderung genießen soll.

1.2 Wie möchten Sie den regelmäßigen Austausch zwischen dem Bremer Senat, der Bürgerschaft, Vertretungen der LSBTI-Community und anderen Akteur*innen fortsetzen, um zum Beispiel den Aktionsplan weiterzuentwickeln?

Der Austausch zwischen allen Akteur*innen wird im Optimalfall durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder Runden Tisches ermöglicht, die oder der regelmäßig tagt. Der Senat und die Fraktionen sind in der Verpflichtung, sich darüber zu erkundigen, wo Mängel oder Handlungsbedarfe bestehen. Die außerparlamentarischen Akteur*innen sind gefragt, sich bei dem Senat oder den Fraktionen zu melden, wenn sie Mängeln oder Handlungsbedarfe feststellen.

1.3 Welche Ideen haben Sie, um dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bremen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Zentrale Beratungseinrichtungen sollen eine institutionelle Förderung bekommen. Andere kleinere oder zeitbegrenzte Unterstützungsprojekte können über Mittel aus dem Budget zur Durchsetzung des Aktionsplans (Haushalt) finanziert werden oder anderen projektorientierten Töpfen.

2.1 Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese auch in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern sichtbar werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel konkret umsetzen?

Selbstverständlich strebt die Partei DIE LINKE die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne sowie in die Ausbildung von Lehrer*innen, Erzieher*innen und allen anderen im Bildungssystem Beteiligten. Im Falle der Schüler*innen kann dies beispielsweise über die

Thematisierung der Geschlechtervielfalt in entsprechenden Fächern der Gesellschafts- und Sexualkunde innerhalb des Lehrplans. Darüber hinaus sollten alle Lehr- und Erziehungskräfte darauf achten, in allen Unterrichtsfächern die Sprache zu gendern sowie nicht immer davon auszugehen, dass alle Menschen heterosexuell und heteronormativkonform sind. Ebenfalls soll im Unterricht darauf geachtet werden, dass nicht immer nur alle Inhalte anhand der traditionellen Familie oder Beziehungsmodellen erklärt werden, sondern eben auch durch die gleichwertige Erwähnung von Regenbogenfamilien. Auch die Lehrmaterialien und Bücher in Kindertagesstätten sollen dem entsprechend ausgerichtet sein. Ein zusätzliches wertvolles Instrument ist auch die Thematisierung der Geschlechtervielfalt im Rahmen von Projektwochen oder Workshops.

Im Falle der Lehrkräfte soll dies als fester Bestandteil des Lehramtsstudiums geschehen. Nicht nur die Geschlechtervielfalt, sondern auch interkulturelle und soziopolitische Inhalte sollen in das Lehramtsstudium einfließen.

2.2 Wie möchten Sie dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die nicht heterosexuell sind und/oder nicht den vorherrschenden Geschlechternormen entsprechen, angstfrei zur Schule gehen können?

Die Maßnahmen aus der Antwort zur ersten Frage sollen dazu beitragen, dass alle Kinder und Jugendliche angstfrei in die Schule gehen können, doch leider wird dies sicherlich nicht reichen oder nicht so schnell wie nötig wirken. Aus unserer Sicht wäre es hilfreich, wenn die Schulen spezialisiertes Personal dafür hätten, einerseits um die Betroffenen zu unterstützen und andererseits, die Aggressor*innen zu einem Umdenken zu bringen. Mobbing aller Art soll durch pädagogische Arbeit abgebaut werden.

2.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ weiter in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare an der Universität Bremen und am Landesinstitut für Schule Bremen verstetigt und mindestens jährlich angeboten werden?

Die Partei DIE LINKE wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen.

3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Bremen eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen und Anfeindungen gegen LSBTI im Dunkelfeld sichtbar zu machen?

Eine solche Studie wäre sicherlich sinnvoll, um Hassgewalt entgegenzuwirken und den Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie weiter zu entwickeln. Insofern wird sich die Partei DIE LINKE dafür einsetzen.

3.2 Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bremen reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

Ja, aus dem gleichen Gründen wie in der Frage 3.1.

3.3 Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Bremen und/oder seiner Bezirke umgehen, die offen gegen homosexuelle oder transgeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?

Bremen pflegt langjährige Städtepartnerschaften, die nicht ohne weiteres aufgegeben werden sollten. Wenn in Partnerstädten jedoch offensichtlich gegen LSBTI gehetzt wird, dass sollte dies zunächst angesprochen werden. Bei unveränderter Lage könnte die Städtepartnerschaft auf Eis gelegt werden. Davor gibt es jedoch noch viele weitere Möglichkeiten: Wie die Queer-Cities-Städtepartnerschaft mit Danzig gezeigt hat, besteht eine solche Partnerschaft nicht nur aus Vertreter*innen der Stadtregierungen, sondern lebt vom zivilgesellschaftlichen Austausch. Im Falle antiqeerer Hetze könnte Bremen auch mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die in der Partnerstadt dagehalten, den Austausch intensivieren und sie unterstützen.

4.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI Geflüchteten geschult werden? Falls ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Die Schulung von den in der Frage benannten Akteur*innen hält die Partei DIE LINKE für unerlässlich. Dies soll durch die verpflichtende Teilnahme an Fortbildungen der Beteiligten geschehen. Diese Fortbildungen sollen durch freie Träger oder Bildungseinrichtungen angeboten und durch das Sozial- und oder Bildungsressort finanziert werden. Queer- und geschlechtersensible Kompetenzen sind in diesem Bereich absolut notwendig, da Viele auch aus Gründen des Geschlechts und der sexuellen Orientierung flüchten, was häufig ein schambesetztes Thema für die Betroffenen ist bzw. ein Thema, das mit viel Repressions- und Gewalterfahrung verbunden wird.

4.2 Werden Sie der Erweiterung der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ im Bundesrat um die Verfolgerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien widersprechen und auch zukünftig dafür sorgen, dass keine weiteren Staaten aufgenommen werden?

Die Partei DIE LINKE lehnt die Klassifizierung von Herkunftsländern in „sicher“ und „nicht sicher“ grundsätzlich ab. Ein Asylantrag muss immer individuell sein. Das Konstrukt der sicheren Herkunftsländer soll insgesamt abgeschafft werden, insofern ja.

5.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags im Bundesland Bremen zu fördern?

Einerseits ist die Fortbildung des Personals der in der Frage benannten Akteur*innen ein wesentlicher Aspekt dieses Prozesses, analog zur Antwort der Frage 4.1. Andererseits müssen Vorschriften geschaffen werden, die das Personal in entsprechenden Einrichtungen dazu verpflichten, Regenbogenfamilien gleichwertig und fachgerecht zu unterstützen. Es sollte selbstverständlich sein, dass die traditionelle heteronormative Familie nicht der alleinige Fokus der Familienplanung sein kann.

5.2 Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Die Partei DIE LINKE sieht die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die Besserstellung von verheirateten heterosexuellen Menschen gegenüber allen anderen aufgehoben wird. Das ist unseres Erachtens eine klare Diskriminierung. Eine Änderung der Gesetzeslage ist hierfür der einzige Weg zu diesem Zweck. Das Land Bremen soll sich dementsprechend im Bundesrat positionieren.

5.3 Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen?

Nach Ansicht der Partei DIE LINKE sollte sich das Land Bremen auf Bundesebene und beim Bundesrat dafür einsetzen, dass alle Ungleichbehandlungen gegenüber verheirateten Hetero-Paaren aufgehoben werden. Dies muss durch eine Reform der Gesetzeslage geschehen. Ausschlaggebend für die Eignung als Pflege- oder Adoptiveltern kann nicht ein Trauschein sein, sondern die Fähigkeit zur liebevollen Erziehung.

6.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch in der Versorgung und Unterstützung von Senior*innen für Akzeptanz und Respekt zu werben und eine kultursensible Pflege und Versorgung zu gewährleisten?

Das Personal der Pflege- und Senior*inneneinrichtungen soll geschult und sensibilisiert werden. Federführend sollte das Gesundheitsressort sein. Darüber hinaus sollen spezifische Angebote für LSBTI-Senior*innen geschaffen werden, die einen geschützten Raum anbieten sowie die Möglichkeit zum Austausch und der Freizeitgestaltung.

6.2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?

Die Schulen müssen ein Klima schaffen und erhalten, in dem Pluralität der „Normalfall“ ist. Bereits heute ist das längst Realität, aber die Akzeptanz ist sehr unterschiedlich. Diese ist in jedem Fall immer ein Prozess und nichts Statisches, weshalb die Schulen permanent an Toleranz und Akzeptanz arbeiten müssen. Die Schulen sollen die Schüler*innen darüber informieren, welche Beratungsstrukturen es in der Stadt gibt sowie eine personelle Zuständigkeit definieren, eine Vertrauensperson, an die die Schüler*innen sich wenden können, um Unterstützung zu erhalten, die nicht nur verweist, sondern selbst begleitet und zur Verfügung steht. Außerdem soll das Thema Coming-out ein Bestandteil der in der Antwort zu Frage 2.1 benannten Maßnahmen sein.

Auch außerschulische Einrichtungen, wie Jugendzentren, sollen sichtbar machen, dass die Jugendlichen sich an die Mitarbeitende wenden können, um Unterstützung zu erhalten. Die Mitarbeitende sollen das Thema auf unaufdringliche Weise einbringen. Angebote für queere Jugendliche sollen ausgebaut werden.

7.1 Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

Ja. Die bremische Bundestagsabgeordnete Doris Achelwilm der Partei DIE LINKE, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik, setzt sich auf Bundesebene bereits dafür ein. Die zukünftige Fraktion der Partei DIE LINKE in Bremen wird sich ebenfalls dafür einsetzen.

7.2 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?

Ja, diese Reform hält die Partei DIE LINKE für notwendig.